

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch in  
Halle 1 der NürnbergMesse: 1-E69!**



## Stellungnahme

**zur Entscheidung des Kirchentags-Präsidiums, unsere Ausstellung „Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ auf dem Kirchentag 2023 in Nürnberg zu verbieten**

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat am 10.3.2023 folgendermaßen entschieden:

*"Das Präsidium des Kirchentags hat im Oktober 2022 nach Beratung durch eine Prüfgruppe entschieden, den Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. zum Markt der Möglichkeiten zuzulassen, hingegen die Ausstellung zur NAKBA nicht zu zeigen. Diese Entscheidung bleibt bestehen. Denn die Ausstellung, die in früheren Jahren gezeigt wurde, ist in ihrer Einseitigkeit seit Jahren überarbeitungsbedürftig, und sie ist diese Überarbeitung bisher schuldig geblieben. Die Ausstellung in dieser Form schließt die Diskussion mehr, als dass sie sie öffnet. Wir wollen aber das strittige Thema aufgreifen und ihm auf dem Kirchentag in Nürnberg durch eine eigene Veranstaltung Raum geben."*

Wir protestieren aus folgenden Gründen gegen das Verbot der Ausstellung:

### **1. Die Nakba-Ausstellung ist weder einseitig noch überarbeitungsbedürftig**

- Nicht ein einziges Mal hat der Kirchentag in 13 Jahren und trotz fünfmaligen Zeigens der Nakba-Ausstellung die Forderung nach einer Überarbeitung erhoben.
- Auch jetzt bleibt das Präsidium jeglichen Beleg für ihre angebliche „Einseitigkeit“ schuldig.
- Die Ausstellung wählt keine "einseitige", keine durch Faktenverdrehungen oder Auslassungen verfälschende Perspektive. Sie richtet ihren Fokus vielmehr auf einen in der Öffentlichkeit weitgehend unbekanntem Aspekt des Nahostkonflikts, nämlich die Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen 1948. Deshalb heißt die Ausstellung auch nicht „Die Geschichte der Staatsgründung Israels 1948“, sondern „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“.
- Die legitime Fokussierung der Ausstellung wird klar kommuniziert (siehe Vorwort im Ausstellungskatalog, S. 3). Es ist die Aufgabe unseres Vereins, fehlendes Wissen über die Geschichte und die Anliegen der palästinensischen Flüchtlinge zu vermitteln und dadurch Verständnis und Empathie für deren Situation zu wecken. Nur so können wir unsere Hilfsprojekte für die palästinensischen Flüchtlingskinder im Libanon realisieren.
- Einige wenige geringfügige Korrekturen und Präzisierungen, die in der Vergangenheit angeregt wurden, haben wir vorgenommen.
- Die finanzielle Förderung der Ausstellung durch den Evangelischen Entwicklungsdienst und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg unterstreicht die Berechtigung des Projekts. Auch das Kultusministerium Baden-Württemberg hat 2013 schriftlich erklärt: *"Die Ausstellung und das Begleitheft zur Flucht und Vertreibung der Palästinenser stellen gerade auch im Sinne des Beutelsbacher Konsens zur politischen Bildung einen Beitrag dar, die unterschiedlichen Positionen zum Nahostkonflikt zu illustrieren und der Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen."*

**Anschrift** :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556  
Fax +49 7121 480113 :: [www.lib-hilfe.de](http://www.lib-hilfe.de) :: [info@lib-hilfe.de](mailto:info@lib-hilfe.de)

**Spendenkonto** :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00  
IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRTDE6R

## 2. Die Nakba-Ausstellung schließt keine Diskussionsräume

- Diese Erfahrung haben wir jedenfalls mit unserer Ausstellung gemacht. So betonen die meisten AusstellungsbesucherInnen, dass sie dankbar sind, durch die Ausstellung Dinge erfahren zu haben, von denen sie vorher nichts oder kaum etwas wussten und dass ihr Verständnis vom Nahostkonflikt erweitert worden sei.
- Eine zunehmende Schließung der Diskussionsräume in den letzten Jahren ist allerdings unverkennbar. So geriet die Nakba-Ausstellung seit 2010 zunehmend ins Visier unterschiedlicher Einzelpersonen und Gruppen (z.B. von Antisemitismus-Beauftragten, von Deutsch-israelischen Gesellschaften, christlich-jüdischen Dialoggruppen, VertreterInnen politischer Parteien, der Gewerkschaften, der israelischen Regierung und von Teilen des organisierten Judentums), die offensichtlich verhindern wollen, dass unerwünschte Fakten zur Geschichte und Politik des israelischen Staates das Licht der Öffentlichkeit erblicken.
- Die Bandbreite der Angriffe reicht vom Vorwurf der Einseitigkeit im Antisemitismus-Bericht<sup>1</sup> des Landes-Baden-Württemberg von 2019 über die Verleumdung, die Ausstellung ziele darauf, „Israels Entstehungsgeschichte - und damit Israel – grundsätzlich zu dämonisieren und delegitimieren“<sup>2</sup>, bis hin zu Hassparolen wie "Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder"<sup>3</sup>.
- Mehr oder weniger offen wird damit die Ausstellung unter Antisemitismus-Verdacht gestellt und das Ansehen unseres Vereins erheblich beschädigt. Derart unhaltbare und diffamierende Vorwürfe weisen wir entschieden zurück (s. „Unsere Werte“<sup>4</sup>).
- Keine/r der KritikerInnen konnte jemals auch nur einen einzigen antisemitischen Satz aus der Ausstellung zitieren. Selbst der Verfasser des Antisemitismus-Berichts, Michael Blume, wertet die Ausstellung als „nicht antisemitisch“<sup>5</sup>.
- 2013 und erneut 2017 wies die damalige Generalsekretärin des DEKT Ellen Überschar Forderungen nach einem Verbot der Ausstellung entschieden zurück und schrieb uns 2013: *„Das ist das Ziel des Marktes – Dialoge zu ermöglichen. Allein das haben wir geprüft und unser Eindruck war und ist, auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit, dass Sie die Bereitschaft zu diesem Dialog haben. Daher gibt es keine Veranlassung, an der Zulassung Ihres Standes etwas zu ändern.“*

Anstatt Diskussionsräume zu öffnen, schließt das Präsidium sie für den diesjährigen Kirchentag. Anstatt unhaltbare Verleumdungen wie noch in der Vergangenheit zurückzuweisen, befördert es mit seiner Entscheidung eine die politische Auseinandersetzung vergiftende, die freie Meinungsbildung verhindernde und die Demokratie beschädigende Unkultur. Das widerspricht dem Anliegen des Kirchentages, wie es von der Generalsekretärin Kristin Jahn jetzt formuliert wurde: „Wir verbinden Hoffen und Machen und knicken bei Krisen nicht ein.“

18.03.2023

---

<sup>1</sup> 2019, 1. Antisemitismusbericht des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus (Baden-Württemberg) Dr. Michael Blume, Kapitel V.7, unter der Überschrift „Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen“

<sup>2</sup> AmEchad, 9.12.2013, München

<sup>3</sup> Demo-Plakat, 7.6.2012 (Antifaschistische Gruppe Braunschweig)

<sup>4</sup> Siehe unsere Homepage [https://www.lib-hilfe.de/ueberuns\\_werte.html](https://www.lib-hilfe.de/ueberuns_werte.html)

<sup>5</sup> Reutlinger Generalanzeiger, 30.01.2020